



Demonstration in Berlin-Mitte

27. Oktober 1989

Information Nr. 472/89 über eine Veranstaltung in der Marienkirche im Stadtbezirk Berlin-Mitte und damit im Zusammenhang stehende nicht genehmigte Demonstrationen

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3812, Bl. 1–6 (1. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Krenz, Jarowinsky, Schabowski, Herger, Dickel, Krauß, Löffler – MfS: Mittig, Leiter HA XX, Leiter BV Berlin, HA XX/4, Carlsohn, Rebohle (ZAIG), Ablage (vernichtet 7.11.1989).

Vermerk

Über dem Dokumentkopf maschinenschriftlich: »Information erhalten auch die Gen. Jarowinsky, Schabowski, Herger, Dickel, Krauß und Löffler«. Auf Deckblatt handschriftlich »Rückgabe«. Am Ende des Dokuments Unterschrift: »Mielke«.

Anlage 1: Abschrift eines Flugblatts des »Demokratischen Aufbruchs«.

Anlage 2: Abschrift eines offenen Briefs der Berliner Initiativegruppe des »Demokratischen Aufbruchs«.

Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen nahmen an der am 25. Oktober 1989 im Zeitraum von 19.00 Uhr bis gegen 20.15 Uhr durchgeführten und als »Andacht mit Informationsteil« deklarierten Veranstaltung in der Marienkirche insgesamt 1 400 Personen teil; weitere 400 Personen hielten sich im unmittelbaren Umfeld der Kirche auf und verfolgten den Veranstaltungsverlauf über eine Lautsprecheranlage. Etwa 250 dieser Personen trafen, nach einem nicht genehmigten Demonstrationzug von der Gethsemanekirche im Stadtbezirk Berlin-Prenzlauer Berg kommend, verspätet ein. (Diese Personen bewegten sich geordnet auf Fußwegen und führten zum Teil brennende Kerzen mit; der Straßenverkehr war nicht behindert.)

Bischof Forck¹ hielt die Andacht. Beachtenswerte Inhalte waren Forderungen u. a. nach

- Errichtung eines sozialen, menschlichen Sozialismus,
- Eingehen auf unterbreitete Angebote des Staates bei Achtung jener, die »Zeichen setzen«,
- Unterstützung der jetzt Regierenden, unabhängig davon, dass sie nicht besser als ihre Vorgänger seien, und gemeinsame Herbeiführung von Veränderungen mit diesen,
- Bewahrung des Gewonnenen durch Vermeidung von »Überhast«,
- Gewaltfreiheit (um auch dem Staat keinen Anlass zur »Gewaltanwendung« zu geben), Menschlichkeit, Meinungsfreiheit.

Im sogenannten Informationsteil wurde u. a. Bezug genommen auf die Ereignisse des 7. und 8. Oktober 1989,² verbunden mit der Erläuterung von Rechtsvorschriften, gegen die seitens der Einsatzkräfte verstoßen worden sei. In diesem Zusammenhang wurde die DDR der Verletzung von Menschenrechten bezichtigt.

Der hinlänglich bekannte Werner Fischer³ (»SDP«⁴ und »Initiative für Frieden und Menschenrechte«⁵) verlas Gedächtnisprotokolle von bei »Polizeieinsätzen Betroffenen«⁶ und wies darauf hin, dass namentlich bisher nicht genannte Personen ihre Anonymität aufgeben würden, wenn zur Untersuchung durch die zuständigen Stellen »unabhängige« Personen/Initiativen zugelassen würden. Fischer forderte ferner dazu auf, weitere Gedächtnisprotokolle zu fertigen und diesbezügliche Eingaben⁷ an die Volkskammer zu richten. Er gab weiter Termine von Gerichtsverfahren bekannt und rief dazu auf, die betreffenden Personen öffentlichkeitswirksam mit Kerzen zu begleiten, sich mit diesen zu solidarisieren.

Durch weitere Personen wurde über die anstehende Gründung eines »unabhängigen Studentenbuns« an der Humboldt-Universität informiert⁸ und darüber, dass die ADN-Meldung vom 24. Oktober 1989 – Dementierung der Gründung einer »unabhängigen Gewerkschaft« im GRW Teltow – falsch sei, da eine entsprechende Gründungsurkunde vorläge.⁹

Die an der Veranstaltung teilnehmenden Mitglieder der Partei »Die Grünen« in der BRD, Kelly¹⁰ und Bastian,¹¹ äußerten sich ebenfalls. In theatralischer Weise begrüßte die Kelly die aktuelle Entwicklung in der DDR und den Mut der DDR-Bürger. Bastian beglückwünschte die Anwesenden zu den »anerkanntenswerten Erfolgen«. Er forderte die DDR dazu auf, die »Kriminalisierung« von Personen einzustellen. (Kelly und Bastian hielten sich nach vorliegenden internen Informationen im Verlaufe des Tages in der Wohnung der Bohley¹² – dort erfolgte die Übergabe eingeschleuster Materialien bisher nicht näher bekannten Charakters – und des Fischer auf.)

Nach der Veranstaltung wurden von Anhängern der antisozialistischen Sammlungsbewegung »Demokratischer Aufbruch«¹³ ein sogenanntes Flugblatt für Demokratie und Abschriften eines sogenannten offenen Briefes an den Oberbürgermeister der Hauptstadt Berlin verteilt (Texte als Anlage).

Ca. 400 Veranstaltungsteilnehmer formierten sich nach einem akustischen Signal (Pfeife) zu einem Demonstrationzug in Richtung Palast der Republik; es wurden brennende Kerzen und zwei Transparente (Forderungen nach »Rücknahme politischer und Ordnungsstrafverfahren«, Zulassung von Bürgerinitiativen) mitgeführt. Durch einen Polizeikordon in Höhe des Palastes der Republik am Weiermarsch gehindert, kehrten die Demonstranten um und bewegten sich auflösend über die Liebknechtstraße in Richtung Prenzlauer Berg. Nach vorliegenden Erkenntnissen werden diese nicht genehmigten Demonstrationen durch auf Konfrontation mit der Staatsmacht ausgerichtete feindliche, oppositionelle Kräfte organisiert und geleitet. (Durch eine solche Person wurde öffentlich auf eine »Großdemonstration« analog der in Leipzig orientiert, die am 28. Oktober 1989 mit dem Ausgangspunkt in der Erlöserkirche stattfinden solle.)

Anlage 1 zur Information Nr. 472/89

[Abschrift eines Flugblatts des »Demokratischen Aufbruchs«]

Flugblatt für die Demokratie

Der »Demokratische Aufbruch« (DA) ist ein Teil der politischen Opposition in der DDR. Er tritt für eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf demokratischer Basis ein.

Wir fordern die Verwirklichung aller in der Verfassung garantierten und international vereinbarten Menschenrechte! Dazu gehören

- das Recht auf Reisefreiheit einschließlich des Rechtes auf Rückkehr ins eigene Land,
- das Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes,
- das Recht auf Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit einschließlich des Rechtes auf ungehinderte politische Willensbildung in Part und Vereinen (außer wenn damit faschistisches, chauvinistisches und militaristisches Gedankengut propagiert wird),
- das Recht auf freie und geheime Wahl zwischen unterschiedlichen Programmen und Personen.

Wir fordern Reformen im Bildungswesen, die eine freie Persönlichkeitsentwicklung ohne ideologische Bevormundung ermöglichen.

Wir fordern Reformen im Strafrecht und im Strafvollzugsrecht, die die Rechte des Bürgers gegenüber dem Staat stärken.

Wir fordern politische Reformen, die den bisher praktizierten staatlichen Zentralismus der SED beseitigen. Dazu gehört die Errichtung einer Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit.

Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die die Qualität der Umwelt verbessert, nicht die natürlichen Ressourcen vergeudet und keinen Raubbau betreibt, die die schleichende Inflation bekämpft, die Leistung und Verantwortungsbereitschaft fördert. Dazu gehören

- Abschaffung von Privilegien und Bevorzugungen für nichterbrachte Leistungen,
- Änderung einer restriktiven Steuer- und Zulassungspolitik für Handwerksbetriebe,
- Abbau unsinniger Subventionen zugunsten einer gezielten Unterstützung der sozial Schwachen,
- eine vordringlich durchzuführende umfassende Rentenreform,
- die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und Betriebsräte von staatlicher und parteipolitischer Bevormundung,
- Einsparung im Militär- und Sicherheitswesen zur Freisetzung materieller und personeller Reserven.

Der Demokratische Aufbruch hält die gegenwärtigen vorhandenen politischen Strukturen nicht für ausreichend, den notwendigen

Demokratisierungsprozess zu gewährleisten. Darum hat er sich als politische Vereinigung außerhalb der Nationalen Front formiert.¹⁴ Seine

Mitglieder wehren sich gegen die Unterstellung, die DDR in kapitalistische Verhältnisse zurückreformieren zu wollen. Sie stehen ein für die

Umgestaltung untragbarer Zustände, um eine neue Glaubwürdigkeit der Politik herzustellen. Sie stehen ein für eine Umgestaltung untragbarer

Zustände, um die zukünftige Existenz der DDR als Friedensfaktor in Europa zu ermöglichen.

Demokratischer Aufbruch

Anlage 2 zur Information Nr. 472/89

[Abschrift eines offenen Briefes der Berliner Initiativgruppe des »Demokratischen Aufbruchs«]

An den | Berliner Oberbürgermeister Krack ¹⁵ | Rotes Rathaus | Jüdenstraße 1–9 | Berlin | 1026 Berlin, den 15. Oktober 1989

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Krack,

In diesen Oktobertagen kam es in Berlin zu massiven Verletzungen der Bürgerrechte. Hunderte von Bürgern haben sich in Arbeitskollektiven und Bekanntenkreisen darüber beschwert, wie sie oft länger als vierundzwanzig Stunden festgehalten, gedemütigt und misshandelt wurden. Aufgrund zahlreicher Anfragen von Demonstranten und Zuschauern, die polizeiliche Gewalt erfahren haben, fordern wir die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission zur Aufklärung von in diesem Zusammenhang aufgetretenen Rechtsverletzungen.

Diese Untersuchungskommission sollte unseres Erachtens folgende Zusammensetzung haben:

Vertreter von Bürgerinitiativen zur demokratischen Erneuerung, Rechtsanwälte, Vertreter des Generalstaatsanwaltes und des Bezirksgerichtes Berlin, der Bezirksbehörde der Volkspolizei und des Magistrats. Nach Bedarf müssten weitere Institutionen hinzugezogen werden. Die Ergebnisse der Untersuchungen müssen veröffentlicht werden.

Ziel der Kommission muss es sein, die rechtswidrigen Übergriffe festzustellen und zu verhindern, dass sich künftig Ähnliches wiederholen kann.

Das Vertrauensverhältnis von Bürgern und staatlichen Organen soll wieder hergestellt werden. Gewalt und Einschüchterung sind keine geeignete Voraussetzung für den jetzt von allen Seiten geforderten, demokratischen Dialog.

Für die Berliner Initiativgruppe des »Demokratischen Aufbruchs«, gez. Axel Grote, ¹⁶ [Straße, Nr.], Berlin, 1055; gez. Ehrhart Neubert, ¹⁷ [Straße Nr.], Berlin, 1054; gez. Rudi Pahnke, ¹⁸ [Straße, Nr.], Borgsdorf, 1404; gez. Paul Werner Wagner, ¹⁹ [Straße, Nr.], Berlin, 1034; gez. Thomas Welz, ²⁰ [Straße, Nr.], Berlin, 1035; gez. Christiane Ziller, ²¹ [Straße, Nr.], Berlin, 1058; gez. Rainer Eppelmann, ²² [Straße, Nr.], Berlin, 1035 (Über 2 000 Bürger haben durch Unterschrift den Brief unterstützt, 17.10.1989)

1

Gottfried Forck, Jg. 1923, evangelischer Theologe, 1981–91 Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – Bereich Ost, 1984–87 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche der Union für den Bereich DDR.

2

Am Abend des 7. Oktober 1989 bewegte sich ein Demonstrationzug mit ca. 300 Teilnehmern vom Berliner Alexanderplatz in Richtung Palast der Republik, wo der zentrale Festakt zum 40. Jahrestag der DDR stattfand. Sicherheitskräfte lösten den Protest gewaltsam auf, es kam zu zahlreichen Verhaftungen. Ähnliche Zusammenstöße gab es an diesem Abend und am folgenden Tag auch vor der Gethsemanekirche in Berlin-Prenzlauer Berg, nachdem zahlreiche Bürger an einer Fürbitte für inhaftierte Oppositionelle aus Leipzig teilgenommen hatten. Am 8. Oktober 1989 fanden sich über 3 000 Personen auf dem Kirchengelände ein, von denen etwa 100 verhaftet wurden.

3

Werner Fischer, Jg. 1950, Bühnenarbeiter und Werber, seit Anfang der 1980er Jahre in der unabhängigen Friedensbewegung aktiv, organisierte in seiner Wohnung literarische Lesungen und politische Diskussionen, 1986 Mitbegründer der »Initiative Frieden und Menschenrechte« (IFM), 1988 Inhaftierung im zentralen Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen, anschließend Aufenthalt in London zusammen mit Bärbel Bohley, nach seiner Rückkehr im Oktober 1989 Mitarbeit im Kontaktbüro der Berliner Gethsemanekirche, im November 1989 einer von drei Sprechern der IFM, im Januar 1990 vom Zentralen Runden Tisch zum Regierungsbevollmächtigten zur Auflösung des MfS ernannt.

4

Im April 1989 wurde ein erster Entwurf für den Aufruf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) verfasst, der am 26.8.1989 in der Berliner Golgathagemeinde vorgestellt wurde. Zur offiziellen Gründung der SDP kam es am 7. Oktober 1989 – dem 40. Jahrestag der DDR – im Pfarrhaus im Brandenburgischen Schwante. Zu den Gründungsmitgliedern zählten neben den Hauptinitiatoren Markus Meckel und Martin Gutzeit unter anderem Steffen Reiche, Thomas Krüger, Angelika Barbe, Ibrahim Böhme und Peter Grimm. Auf dem Berliner Parteitag am 26.9.1990 vereinigte sich die Partei mit der westdeutschen SPD. Vgl. dazu u. a. Meckel, Markus; Reiche, Stefan (Hg.): »Nichts muss bleiben, wie es ist«. Gedanken zur Gründung der Ost-SPD. Berlin 2010; Gohle, Peter: Von der SDP-Gründung zur Gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90. Bonn 2014. Der Gründungsaufwurf unter dem Titel: »Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe, mit dem Ziel eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen« ist abrufbar unter: www.ddr89.de (letzter Abruf: 27.2.2019).

5

Die »Initiative Frieden und Menschenrechte« (IFM) entstand 1985/86 aus einer Gruppe um Bärbel Bohley, Gerd Poppe, Peter Grimm, Reinhard Weißhuhn, Ralf Hirsch, Wolfgang Templin und Werner Fischer. Im Zentrum des IFM-Engagements standen in Anlehnung an die »Charta 77« die Durchsetzung der politischen Grund- und Freiheitsrechte, die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit und die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Dabei verzichtete die lose organisierte IFM bewusst auf eine kirchliche Anbindung und damit auch auf deren schützendes Dach. Die etwa 30 Mitglieder der IFM gaben den illegalen »grenzfall« heraus, nutzten westliche Medien zur Verbreitung ihrer Erklärungen und wurden wie keine zweite Oppositionsgruppe vom MfS verfolgt.

6

Das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte in den Oktobertagen des Jahres 1989, insbesondere während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR, führte zu massiven Diskussionen in der Bevölkerung. In der Berliner Gethsemanekirche und dem Berliner Stadtjugendpfarramt wurden etwa 150 Erinnerungsprotokolle von Demonstranten und Inhaftierten zu einer Mappe zusammengestellt, die am 23.10.1989 auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Vgl. Gedächtnisprotokolle – Tage und Nächte nach dem 7. Oktober 1989 in Ost-Berlin. In: BStU, MfS, HA XX, Nr. 1514, Bl. 7–87, abrufbar unter: www.stasi-mediathek.de (letzter Abruf: 27.2.2019). Siehe auch: Schnauzel Gedächtnisprotokolle 7. und 8. Oktober 1989. Berlin, Leipzig, Dresden. Berlin 1990.

7

Die Eingabe war eine ab 1975 gesetzlich geregelte Form, um Beschwerden, Vorschläge oder Bitten an staatliche Amts- und Mandatsträger zu richten. Häufige Adressaten der Bitt- und Protestbriefe waren der Rat des Kreises, der erste Sekretär der SED-Bezirksleitung und die SED-Führung. Das Instrument ersetzte die fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit und wurde von Bürgern verwendet, um Forderungen zu stellen oder staatliches Fehlverhalten anzusprechen. Indem das Eingabewesen die Sensibilisierung der Regierung für bestehende Missstände erhöhte und die Artikulation von Unzufriedenheit in einen individuellen Briefwechsel jenseits der Öffentlichkeit kanalisierte, trug es zur Stabilisierung des Systems bei. Die Schreiben, in denen eine Obrigkeit um eine großzügige Wohltat für einen Untergebenen gebeten wird, verdeutlichen den feudalen Charakter der Beziehung zwischen Bürger und Staat in der DDR.

8

Schon im Sommer 1989 bildete sich an der Humboldt Universität zu Berlin (HU) mit der IG Stuve eine unabhängige studentische Interessengemeinschaft, die das Vertretungsmonopol der FDJ infrage stellte. Im Oktober 1989 kam es zu ersten Demonstrationen und Protesten der Studierenden der HU, auf denen grundlegende Universitätsreformen eingefordert wurden. Auf einer Versammlung am 17.10.1989 mit über 6 000 Studierenden im Hauptgebäude der Universität wurde die Idee der IG Stuve beschlossen, mit einem »Studentenrat« eine unabhängige studentische Interessenvertretung ins Leben zu rufen. In einer Urabstimmung am 9./10.11.1989 entschieden sich 86 % aller Studierenden für den Studentenrat als ihre zukünftige Interessenvertretung. Vgl. Vollrath, Sven: Zwischen Selbstbestimmung und Intervention. Der Umbau der Humboldt-Universität 1989–1996. Berlin 2008, S. 52.

9

Vgl. Keine neue Gewerkschaft in GRW Teltow gegründet. In: ND v. 24.10.1989, S. 2.

10

Petra Kelly, Jg. 1947, Grünen-Politikerin, engagiert in der Friedens- und Antiatombewegung, 1980 Gründungsmitglied der Grünen und Bundesvorstandssprecherin, 1983–90 Mitglied des Deutschen Bundestages, protestierte 1983 auf dem Berliner Alexanderplatz mit einem Plakat »Schwerter zu Flugscharen«, pflegte enge Kontakte zu DDR-Oppositionellen wie Rainer Eppelmann, Bärbel Bohley und Ulrike und Gerd Poppe.

11

Gerd Bastian, 1923, Grünen-Politiker und Offizier der Bundeswehr, zuletzt im Rang eines Generalmajors, schloss sich Ende der 1970er Jahren als Gegner der Stationierung von Mittelstreckenraketen der Friedensbewegung an und zählte zu den Initiatoren des »Krefelder Appells«, seit dieser Zeit Lebensgefährtin von Petra Kelly, 1983–87 Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen).

12

Bärbel Bohley, Jg. 1945, Malerin, Mitbegründerin der Oppositionsgruppe »Frauen für den Frieden« (1982) und der »Initiative Frieden und Menschenrechte« (1985/86), Januar 1988 Verhaftung nach Protestaktionen bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration und Abschiebung nach England, August 1988 Rückkehr in die DDR, September 1989 Mitbegründerin des »Neuen Forums«, Mai bis Dezember 1990 Mitglied der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung für das »Neue Forum«, 1991 Mitarbeiterin der Parlamentarischen Gruppe »Neues Forum/Bürgerbewegung« im Berliner Abgeordnetenhaus.

13

Der »Demokratische Aufbruch – ökologisch, sozial« (DA) wurde nach einem ersten Versuch einer Konstituierung am 1.10.1989 regulär am 29.10.1989 unter anderem von Friedrich Schorlemmer, Rainer Eppelmann, Rudi-Karl Pahnke, Edelbert Richter und Ehrhart Neubert gegründet. Die Vereinigung verstand sich zunächst als Sammlungsbewegung für Mitglieder von Kirchen- und Umweltgruppen und forderte neben einer Demokratisierung der DDR ökonomische Reformen im Sinne eines dritten Weges zwischen Sozialismus und Kapitalismus unter besonderer Beachtung ökologischer Aspekte. Die Weiterentwicklung des DA zu einer politischen Partei am 16./17.12.1989 in Leipzig brachte einen Kurswechsel. Fortan sprachen sich die Mitglieder für eine schnelle Wiedervereinigung aus und verstanden sich als »Volkspartei der Mitte«. Einige prominente Angehörige des linken Flügels, wie Friedrich Schorlemmer, zogen sich daraufhin aus dem DA zurück. Bei den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 trat der DA zusammen mit der »Deutschen Sozialen Union« und der CDU im Wahlbündnis »Allianz für Deutschland« an, im August 1990 ging die Vereinigung schließlich in der ostdeutschen CDU auf. Vgl. Hoffmann, Jürgen: Demokratischer Aufbruch. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 98 f.; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 365 f., sowie ausführlich aus der Sicht eines Beteiligten Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

14

Die 1949 gegründete »Nationale Front der DDR« war ein Zusammenschluss aller politischen Parteien und Massenorganisationen der DDR

unter Führung der SED. Sie war insbesondere mit der Vorbereitung der Volkskammerwahlen befasst und stellte die Kandidatenlisten auf.

15

Erhard Krack, Jg. 1931, SED-Funktionär, 1965–89 Mitglied des Ministerrates, 1974–90 Oberbürgermeister von Berlin, 1981–89 Mitglied des ZK der SED.

16

Axel Grote, Jg. 1947, Regie-Assistent, 1972–75 Regie-Assistent beim Fernsehfunke der DDR, anschließend beim Theater der Bergarbeiter in Senftenberg beschäftigt, 1983–90 freiberuflicher Autor und Regisseur für das DDR-Fernsehen.

17

Ehrhart Neubert, Jg. 1940, evangelischer Theologe und Soziologe, seit Ende der 1970er Jahre in verschiedenen Friedensgruppen aktiv, Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«.

18

Rudi-Karl Pahnke, Jg. 1943, evangelischer Theologe, 1982 Unterstützer des »Berliner Appells«, Sprecher der Berliner Friedenswerkstatt, ab 1988 Sekretär für Jugendfragen des Bundes der Evangelischen Kirchen, Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«.

19

Paul Werner Wagner, Jg. 1948, Literaturwissenschaftler, 1967 wegen »versuchter Republikflucht« zu 19 Monaten Haft im Hallenser Stasi-Gefängnis »Roter Ochse« verurteilt, anschließend sieben Jahre »Bewährung in der Produktion«, ab Ende der 1970er Jahre Studium der Kultur- und Literaturwissenschaften an der HU Berlin, Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs« in Halle, verfasste zusammen mit Daniela Dahn einen Protestbrief nach dem Einsatz von Gewalt gegen Demonstranten am 6.10.1989 in Berlin.

20

Thomas Welz, Jg. 1957, Bürgerrechtler, 1978/79 Häftling im Militärgefängnis Schwedt, Leiter des »Arbeitskreises Information« der evangelischen Samariter-Gemeinde in Berlin-Friedrichshain, Autor und Herausgeber verschiedener Samisdat-Zeitungen wie »Schalom«, »Wegzehrung« und »Wendezeit«, Mitglied des Friedenskreises der Samariter-Gemeinde, September 1989 Mitbegründer von »Demokratie Jetzt«.

21

Christiane Ziller, Jg. 1963, Musikwissenschaftlerin, 1988/89 Musikdramaturgin am Stadttheater Freiberg.

22

Rainer Eppelmann, Jg. 1943, evangelischer Theologe, 1966 Verweigerung des Eides als Bausoldat, Verurteilung zu acht Monaten Haft, 1975–89 Pfarrer an der Samariter-Gemeinde in Berlin-Friedrichshain, 1979–86 Organisator von »Bluesmessen« (Gottesdienst mit Konzert) im Rahmen seiner kirchlichen Jugendarbeit, die einen Ausgangspunkt oppositioneller Aktivitäten bildeten, 1982 zusammen mit Robert Havemann Verfasser des »Berliner Appells« (»Frieden schaffen ohne Waffen«) zur Entmilitarisierung beider deutscher Staaten, daraufhin Inhaftierung durch das MfS vom 9. bis 11.2.1982, Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs« in Ostberlin, Februar 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Modrow, April–Oktober 1990 Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, 1990–2005 Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU).